

Bundesministerin der Justiz
und für Verbraucherschutz
Referat III B 5
Mohrenstr. 37
10117 Berlin

6.21/6

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz	
Act. <u>III</u>	Ref. <u>B 5</u>
18.06.2018 10:28	
.....AnlagenDoppel
geheftet.....fach	



Arbeits- und Tarifrecht

arbeitsrecht@arbeitgeber.de

T +49 30 2033-1200
F +49 30 2033-1205

14. Juni 2018

0208-1806-004/KHK

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Schreiben vom 16. Mai 2018 haben wir unsere Anmerkungen zum Referentenentwurf zur Umsetzung der Richtlinie 2016/943/EU („Know-How“ Richtlinie) übermittelt. Aus unserer Mitgliedschaft haben wir noch eine wichtige Anmerkung erhalten.

Nach § 4 des Referentenentwurfs sollen Whistleblower sanktionsfrei gestellt werden, wenn die Offenbarung des Geschäftsgeheimnisses zur Aufdeckung einer rechtswidrigen Handlung oder eines „anderen Fehlverhaltens“ sowie mit der Absicht erfolgte, das allgemeine öffentliche Interesse zu schützen. Wann ein „Fehlverhalten“ vorliegt, konkretisiert weder der Entwurf noch die Richtlinie.

Nach der Gesetzesbegründung zum Referentenentwurf soll dieser Begriff Aktivitäten umfassen, die ein „unethisches Verhalten“ darstellen, auch wenn sie nicht gegen Rechtsvorschriften verstoßen. Als Beispiele werden Auslandsaktivitäten von Unternehmen genannt, die zwar in den betreffenden Ländern rechtmäßig sind, aber dennoch von der deutschen Öffentlichkeit als Fehlverhalten gesehen werden können, wie zum Beispiel Kinderarbeit oder gesundheits- oder umweltschädliche Produktionsbedingungen.

Der Begriff des Fehlverhaltens ist zu unbestimmt. Weder Inhaber von Geschäftsgeheimnissen noch Hinweisgeber können anhand objektiver Kriterien einschätzen, welche Sachverhalte ein Fehlverhalten im Sinne des § 4 Nr. 2 bzw. ein „unethisches Verhalten“ i. S. d. Gesetzesbegründung zu § 4 des Entwurfs darstellen und ihr Verhalten danach ausrichten.

Zumindest in der Gesetzesbegründung sollte daher klargestellt werden, dass unter Fehlverhalten in erster Linie ein Verstoß gegen (nichtgesetzliche) Berufs- oder Standesregelungen zu verstehen ist, soweit dieser Verstoß auch das öffentliche Interesse tangiert.

Mit freundlichen Grüßen

Roland Wolf

Kristina Harrer-Kouliev

BDA | Bundesvereinigung der
Deutschen Arbeitgeberverbände
Mitglied von BUSINESSEUROPE

Hausadresse:
Breite Straße 29 | 10178 Berlin

Briefadresse:
11054 Berlin

www.arbeitgeber.de

2: 7034/18 - 31 191/20 18